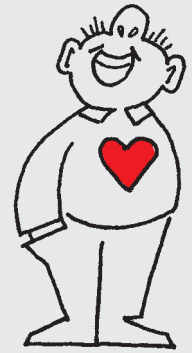


# MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

12/2011

## DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



**In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für 2011 am 02.12. wurde über den neuen Standort der Bibliothek entschieden. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte wie gewöhnlich dem Ver-**

**waltungsantrag. Die dritte Etage des AOK-Gebäudes soll zukünftig Sitz der Bibliothek werden.**

Auf einen Neubau am Markt, wie wir ihn vorgeschlagen haben, wird wegen angeblich fehlender finanzieller Mittel verzichtet. Nun wissen alle in Forst, dass die Stadtkassen leer sind. Investitionen in die Zukunft unserer Innenstadt sind aber trotzdem wichtiger als steinerne oder gläserne Bauwerke im Rosengarten. Dort will der Bürgermeister 2013 über 1,4 Millionen Euro für die Durchführung der Rosenschau ausgeben. Nach dem hundertjährigen Jubiläum allerdings wird die Anlage dann wieder nur einmal im Jahr für drei Tage zum kulturellen Zentrum. Ein schöner Park ist wichtig, aber er ist nicht der Lebensmittelpunkt der meisten Einwohner. Ohne ein lebenswertes Stadtzentrum geht die Stadt kaputt. Im Jahr 2015 zur nächsten Bürgermeisterwahl wird die Stadt dann 750 Jahre alt. Mit einer weiter abgerissenen Innenstadt und immer weniger investiven Mitteln wird dies dann wieder eine tolle Party. Die Politik des Rathauses erinnert immer mehr an die späten Jahre des alten Rom. Die Demokratie war ausgehöhlt. Der Kaiser hatte die Macht und fürs Volk gab es »Brot und Spiele«. Aber auch Rom ist irgendwann untergegangen. Nun dürfte ich eigentlich gar nicht über den Umzug der Stadtbibliothek schreiben, denn der Beschluss wurde in nicht öffentlicher Sitzung gefasst. So eine Entscheidung ist natürlich nicht für die Ohren der

## Kein Neubau für die Bibliothek

Bürger gedacht. Bei komplexen Entscheidungen findet sich immer eine Möglichkeit, eine Grundstücksangelegenheit oder Ähnliches in eine Beschlussvorlage einzubauen. Es wäre doch schön, wenn die SVV zukünftig nur noch nicht öffentlich tagen würde, dann könnte der Bürgermeister nach jeder Sitzung seine allein selig machende Wahrheit verkünden. Die Kommunalverfassung des Landes verlangt aber weitgehende Öffentlichkeit. Beschlüsse sollen eben für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und erlebbar sein. Die Verknüpfung von öffentlichen und nicht öffentlichen Inhalten muss deshalb auf ein

absolutes Mindestmaß reduziert werden. Unsere Fraktion hat dies rechtzeitig im Hauptausschuss gefordert. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung ignoriert solche Aufforderungen der LINKEN allerdings mit steter Regelmäßigkeit, und er erhält dafür natürlich auch die Unterstützung der Mehrheit im Parlament. Trotzdem kämpfen wir weiter. Die Wahlperiode dauert noch bis Juni 2014, und bis dahin lassen wir uns trotz aller gewollten Widrigkeiten nicht unterkriegen.

**Ingo Paeschke**  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE  
der SVV Forst

## Information zum Stand Klageverfahren Stadtwerke

Am Mittwoch, dem 7.12. 2011, fand am Cottbuser Verwaltungsgericht die Verhandlung der Klage, Ausschluss von Stadtverordneten der Fraktion DIE LINKE an der Mitwirkung bei der Entscheidung zur Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zum Verkauf der Stadtwerke Forst am 12.09.2008, statt.

Verhandelt wurde, ob ein Stadtverordneter befangen ist, wenn er gleichzeitig als Initiator eines Bürgerbegehrens tätig ist. Die

Argumentation unseres Rechtsanwaltes K. Ziebart konnte das Verwaltungsgericht gut nachvollziehen. Die Verkündung des Urteils dazu wird in den nächsten Wochen erfolgen.

Die Verhandlung zur Klage Zulässigkeit des Bürgerbegehrens Verkauf Stadtwerke Forst wird in einem zweiten Verfahren voraussichtlich im I. Quartal 2012 entschieden.

**Anke Schwarzenberg**  
Ortsvorsitzende

## Spruch des Monats

»Die Hoffnung  
ist zur Hälfte Mut.«

Honorè de Balzak



Liebe Leserinnen und Leser,

wieder geht ein national wie international ereignisreiches Jahr seinem Ende entgegen.

Ein einschneidendes Ereignis zum Jahresende für Forst und viele Forster, die ihre Stadt lieben, ist sicher der Abriss der drei Wohnblöcke in der Berliner Straße, den wir trotz aller Bemühungen nicht verhindern konnten. Wir werden uns dennoch und gerade deshalb auch im neuen Jahr mit aller Kraft für unsere Stadt und die Interessen ihrer Einwohner engagieren.

Unsere kleine Zeitung wünscht allen ein ruhiges, friedliches und besinnliches Weihnachtsfest. Bleiben Sie gesund und weiter neugierig auf uns.

Anke Schwarzenberg  
OV DIE LINKE

Ingo Paeschke  
SVV-Forst DIE LINKE

Ulrike Werschnick  
AG »Malxe-Blatt«

P.S.: Die nächste Ausgabe des Malxe-Blattes erscheint im Februar 2012

## Schorschels Stadtgeflüster

»Ho-Ho-Ho« – dämlicher geht's nicht! Sagt mir doch mal, welche Flitzpiepe diese Idee hatte, dass der echte Weihnachtsmann unsre Kinder so begrüßen würde? Geht's nicht besser mit Guten Tag oder Guten Abend, Kinder? Von mir kommt deshalb kein Hi-Ha-Ho, sondern es geht an die illustre Leserschaft unseres Blättchens ein vorweihnachtliches Hallöchen.

Erinnert ihr euch noch an den Hit des Jahres 2009: »Ich hab 'ne Zwiebel auf 'm Kopf, ich bin ein Döner«? Dieses Lied wird jetzt von den Forschern anders gesungen, nämlich: »Ich werde ausgequetscht, ich bin jetzt 'ne Zitrone«! Dieses Lied singend und gleichzeitig vor Freude weinend, so traf ich meinen Schwippschwager am Berliner Platz. Er war auf dem Weg zum Rathaus, um sich zu bedanken. Endlich könne er teilhaben an der Forster Schuldenkrise. Am Markt wohnend, dazu Hundehalter und Kleingartenpächter, der gerne liest, besonders Bücher aus der Stadtbibliothek, freue er sich rie-

sig auf 2012. Gleichzeitig will er gern wissen, ob er auf dem 250.000 Euro karätigen Dornröschenspielplatz im Rosengarten Urlaub machen darf, zu mehr reiche sein Geld nicht. Und nur den alten neuen Kaskadenbrunnen von außen anzustarren, wäre auch nicht der Brüller! Meine Einladung zu einem Bierchen lehnte er aus Zeitgründen ab, weil er den vielen Stadtverordneten, die endlich für die Methode »Nimm's von denen, die sowieso wenig haben« mit Ja stimmten, mit einem Küsschen persönlich danken will. Er habe schon Angst gehabt, dass sie gegen diese primitive Geldbeschaffungs-Masche stimmen könnten, aber die meisten der Abgeordneten enttäuschten ihn wie immer nicht! Seht ihr, so schnell kann man Menschen in diesem Lande glücklich machen. Apropos glücklich: Bis zum 01.12. waren auch unsere Medien glücklich, Deutschland war schon der neue Fußball-Europameister. Nach der Auslosung am Freitag (02.12.) fing man an zu heulen und zu jammern, weil es plötzlich noch mehr super fußballspielende Mannschaften gibt, die völlig unverstänglich in unsre Gruppe gelost wurden. Ja, ja – Europameister zu werden ohne Fußball zu spielen, das wird erst später erfunden. Bis dahin ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr!

Euer *Schorschel*



Auf dem Bild zu sehen sind (v.l.n.r.):

**Genossin  
Johanna Spaarschuh –  
gewählt als Mitglied der  
Finanzrevisionskommission**

**Genosse  
Andreas Beckmann –  
gewählt als Mitglied des  
Kreisvorstandes**

**Genossin  
Elke Grenzer –  
gewählt als Mitglied des  
Kreisvorstandes.**

## Ein streitbarer Geist



Es gibt Dinge im Leben, die man selbst nicht beeinflussen kann. Erhard Kunick hat aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat als Stadtverordneter zurückgegeben. Die Fraktion bedankt sich bei einem Mann, der in allen Zeiten seines bisherigen Lebens sich durch einen geradlinigen und ehrlichen Charakter ausgezeichnet hat. Offen vertritt er immer seine Meinung, auch wenn sie für andere unbequem war. Dies galt zu Zeiten der DDR genauso wie heute. Erhard ist den Forstern vor allem als begnadeter Fahrradmechaniker bekannt. Seine Kundenkontakte bestimmten auch wesentlich seiner Arbeit als Stadtverordneter. Der Mann von der Straße hatte in Erhard einen Fürsprecher im Parlament. Erhard Kunick war seit der Kommunalwahl 2003 Mitglied unserer Fraktion und hat uns hauptsächlich im Planungsausschuss vertreten. Wir wünschen Dir, Erhard, Kraft und Lebensmut und danken Dir für Deine Arbeit! Nachfolger in der Stadtverordnetenversammlung wird ab der kommenden Sitzung der bisherige sachkundige Bürger Andre Müller.

**Fraktion Die LINKE  
in der SVV Forst (Lausitz)**

## Neuer Kreisvorstand gewählt!

Am Sonnabend, dem 19.11. 2011, fand im Cottbuser Stadthaus der Kreisparteitag des Kreisverbandes Lausitz der LINKEN statt.

Nach einem Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre und einer sich daran anschließenden Diskussion begann ein wahrer Wahlmarathon. Gewählt wurden der Kreisvorstand mit einer Stärke von 14 Genossinnen und Genossen, die Mit-

glieder der Finanzrevisionskommission, Delegierte zum Landes- und Bundesparteitag und die Mitglieder für den Landesausschuss.

Wir wünschen dem neuen Kreisvorstand viel Erfolg in seiner Arbeit und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden.

**Anke Schwarzenberg  
Ortsvorsitzende**

## Öffentliche Einladung

Die immer deutlichere faschistische Gefahr erfordert Wissen und Engagement aller Demokraten zum abgestimmten, gemeinsamen Handeln, das zu beraten ist! Wir laden deshalb alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem Politfrühschoppen am **Sonntag, dem 8. Januar 2012, von 10 bis 12 Uhr** in die **Gaststätte Brandenburger Hof, Cottbus, Friedrich-Ebert-Straße 33**, ein. Frau Susanne Kschenka vom **Mobilem Beratungsteam Cottbus** (im Branden-

burgischen Institut für Gemeinwesenberatung demos) wird die Veranstaltung mit einleitenden Informationen zu Rechtsextremismus – speziell in Südbrandenburg – und Gedanken zu Rechtspopulismus eröffnen. Die Diskussion soll uns für gemeinsames Handeln informieren und motivieren. Dazu laden wir alle demokratisch gesinnten Bürgerinnen und Bürger herzlich ein.

**Die Veranstalter behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisatio-**

**nen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.**

## AG Soziales – DIE LINKE

### Behinderte und die Stadt Forst – passt das zusammen?

Als im letzten Jahr der Verein unBehindert Leben aus der Baracke in der Charlottenstraße ausziehen musste und sein neues Domizil in der Gubener Straße im alten Jugendclubhaus bezog, glaubte man an eine Übergangsregelung oder an einen Ausbau des Gebäudes nach den Grundsätzen der Barrierefreiheit.

Seit dem Tag des Einzuges beschäftigt sich die Stadtverwaltung nicht mehr mit den Problemen des Vereins. Die Vereinsvorsitzende, Frau Flemmig, hat in unzähligen Gesprächen mit der Stadt Forst auf den Platzmangel und die fehlende Barrierefreiheit hingewiesen. Rollstuhlfahrern und Gehbehinderten bleibt der Zugang zur Begegnungsstätte weiterhin verwehrt. Sinnesbehinderte können sich nur schwer oder gar nicht orientieren.

Vertröstungen seitens der Stadtverwaltung oder gar das Abwälzen des Problems auf den Landkreis tragen nicht zielführend zur

Lösung bei, sondern lassen die Vereinsvorsitzende, die übrigens ehrenamtlich arbeitet, im Stich. So geht man mit engagierten Menschen, die sich für die Belange Benachteiligter in dieser Stadt einsetzen, einfach nicht um. Die Zustände in der Gubener Straße 10 sind schlichtweg skandalös! Hier kann man sich kaum begegnen und Menschen mit Behinderungen schon gar nicht.

Daran haben auch die vielen schönen Worte Verantwortlicher zum Aktionstag für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Forst am 12. Mai 2011 nichts geändert. Die AG Soziales der LINKEN in Forst wird sich des Problems annehmen und mit Hilfe der Medien (Presse, Funk und Fernsehen) diese Farce beenden helfen.

Eine Lösung wird kommen, darauf darf man sich verlassen.

*Andreas Beckmann, AG Soziales  
Hartmut Klausnitzer, AG Soziales*

### Mehr Hilfen für besonders Benachteiligte nötig

**Zu den heute (30. November 2011) veröffentlichten Daten des monatlichen Arbeitsmarktberichtes erklärt der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Dr. Andreas Bernig:**

Seit Monaten registrieren wir vergleichsweise niedrige Arbeitslosenzahlen. Dennoch bestehen ganz offenkundig erhebliche Zugangsbarrieren für Ältere, Langzeitarbeitslose und Schwerbehinderte. Für sie bewegt sich wenig. Zum Teil ist die Arbeitslosigkeit, gegen den allgemeinen Trend, sogar gestiegen.

So liegt die Zahl älterer Arbeitsloser (über 50 Jahre) aktuell bei 48.538 Personen; das sind 1 % mehr als im Vormonat.

Dies liegt auch daran, dass durch die Bundesregierung – neben deren ohnehin katastrophalen Mittelkürzungen bei der aktiven Arbeitsförderung – kaum noch Pro-

gramme angeboten werden, die den besonderen Problemlagen Älterer, Langzeitarbeitsloser und Schwerbehinderter gerecht werden. Ohne die Begleitung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wird es aber kaum Integrationserfolge geben.

Die Arbeitspolitik des Landes kann die Mittelkürzungen des Bundes nicht kompensieren. Und strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt können nicht kurzfristig aus dem Weg geräumt werden. DIE LINKE spricht sich dafür aus, Personengruppen mit besonderen Zugangsschwierigkeiten am Arbeitsmarkt durch das Land gezielt zu unterstützen – und dies nach Möglichkeit noch ausweiten.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den ausdrücklichen Empfehlungen des EU-Kommissars für Beschäftigung zu folgen und mehr für Langzeitarbeitslose und Alleinerziehende zu tun!

### Mindestlohn: Auch Grüne werfen Nebelkerzen

Die nächste Bundestagswahl kommt in Sicht – jetzt finden auch die Grünen einen Mindestlohn von 8,50 Euro gut. Jedoch: Ebenso wie die CDU weigern sie sich, gesetzlich einen festen Euro-Betrag festzulegen. Das sollen die Tarifvertragsparteien machen, danach erst käme die gesetzliche Absicherung.

Wer sich so etwas ausdenkt, der hat von der Tarifwirklichkeit keine Ahnung oder will bewusst täuschen.

Die Gewerkschaften fordern den gesetzlichen Mindestlohn aus Notwehr. Weil sie mit der, auch von den Grünen beschlossenen, Agenda 2010 massiv geschwächt wurden.

Wenn immer mehr Menschen befristet beschäftigt sind und um die Verlängerung zittern, wenn immer mehr nur noch Leiharbeiter haben, wenn vor allem Millionen von Frauen in Minijobs nur noch eine zerstückelte Arbeitswelt erleben, dann ist gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht massiv beschädigt. Hinzu kommt die allgegenwärtige Angst vor dem Absturz in Hartz IV, die wie eine disziplinierende Peitsche über den Köpfen kreist.

Wenn Grüne und CDU Krokodilstränen über das Schicksal der Hunger- und Niedriglöhner vergießen, sich gleichzeitig weigern, den Mindestlohn gesetzlich festzulegen, dann ist dies tiefender Zynismus. Den schwarzen Peter den Tarifvertragsparteien zuzuschieben, ist so, als würde man einem Menschen die Beine brechen und dann von ihm verlangen, hundert Meter zu laufen. Wie sollte der DGB mit dem BDA als Verhandlungspartner eine »Lohnuntergrenze« von 8,50 Euro durchsetzen? Ohne jeglichen Druck aus den Betrieben? Mit kollektivem Betteln?

Zum gesetzlichen Mindestlohn gehört zwingend die Festlegung durch den Gesetzgeber. Und dann nicht mit 8,50 Euro, sondern mit zehn Euro, wie von der LINKEN gefordert!

*Michael Schlecht,*

*Mitglied des Bundestages*

*siehe auch: [www.michael-schlecht-mdb.de](http://www.michael-schlecht-mdb.de)*

### Gegner des Rechtsextremismus werden in Deutschland zu Verfolgten!

Im Februar jedes Jahres finden sich Tausende Demokraten zusammen, um gegen den Aufmarsch von Rechten, die aus Anlass der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg demonstrieren, zu protestieren. Neben vielfältigen Veranstaltungen haben Gegendemonstrationen als auch eine Blockade der Marschroute der Rechtsextremen stattgefunden. Teilnehmer der Blockade waren neben Zivilbürgerinnen und Zivilbürgern sowie Aktivistinnen auch Politikerinnen und Politiker der LINKEN. Gegen eben diese Politiker der LINKEN wird nun wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Dazu

wurde die politische Immunität von Bodo Ramelow und André Hahn aufgehoben. Diese Aufhebung der Immunität ist eine politische Farce und einer Demokratie unwürdig. Wer sich undemokratischen Kräften, wie der NPD und anderen rechten Gruppierungen in den Weg stellt, darf nicht mit rechtlicher Verfolgung bestraft werden. Politiker/-innen der schwarz-gelben und schwarz-roten Koalitionen in den Bundesländern Sachsen und Thüringen nehmen hoch dotierte Auszeichnungen für Zivilcourage vor und eben den Politikerinnen und Politikern, die Courage beweisen, soll der Prozess gemacht werden. Überfäll-

ig wäre ein parteiübergreifendes Zusammenstehen gegen dieses rechte Klientel und damit eine Verhinderung der Immunitätsaufhebung.

Woran erinnert mich das nur? ...

Verfolgungen solcher Art schwächen die Arbeit gegen Rechtsextremismus vor Ort und fördern die Stärkung rechter Meinungen in der Gesellschaft.

Aber wer sich gegen ein Verbot der NPD ausspricht, schreckt auch vor solchen drastischen Maßnahmen nicht zurück. Willkommen in der Bananenrepublik Deutschland!

*Andreas Beckmann*

## Newsletter

### Ministerin Schröder fehl im Amt

**Zu den Kürzungen bei den Programmen gegen Rechts-Extremismus erklärt Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:**

»Ich fordere die Ministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, auf, die Kürzungen bei den Programmen gegen Rechtsextremismus vor der Haushaltswoche nicht nur zurückzunehmen, sondern aufzustoßen. DIE LINKE wird auf jeden Fall einen entsprechenden Änderungsantrag zu den abschließenden Haushaltsberatungen einbringen. Eine Ministerin, die die Probleme des Rechts-Extremismus relativiert und angesichts der aktuellen Geschehnisse bis heute schweigt, muss sich fragen lassen, ob sie die Richtige im Amt ist.«

15.11.2011

### Nicht Döner, sondern Menschen

**Zu den sogenannten Döner-Morden erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:**

So lange Politiker und Journalisten von »Döner-Morden« sprechen, reden sie am eigentlichen Problem vorbei. Es wur-

den nicht Döner umgebracht, sondern Menschen kaltblütig hingerichtet. – Inwiefern staatliche Stellen dabei zu- oder wegsahen, ist dringend aufzuklären. Klar scheint indes erneut, dass die V-Leute-Praxis nichts bringt und im Zweifelsfall schadet. V-Leute sind gekaufte Informanten und bezahlte Täter.

Berlin, den 13. November 2011

### Regierung sucht Linksextremisten, während Nazis morden

**Eine Nazi-Bande könnte für neun Morde in elf Jahren verantwortlich sein. Sagt die Bundesanwaltschaft. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:**

Es ist absurd. In derselben Zeit, da Nazis Mordserien begehen, suchen Unions-Politiker vermeintliche Linksextremisten. Und das als Programm.

In Sachsen und anderswo werden Antifaschisten kriminalisiert. Das Bundesfamilienministerium nötigt Demokratie-Initiativen fragwürdige Schwüre ab. Und Innenministerien rechnen rechtsextreme Gefahren weiterhin klein.

Anno 2000 gab es einen »Aufstand der Anständigen«, dem alsbald die politisch Zuständigen abhanden kamen. Inzwischen laufen die derzeit Regierenden Gefahr, aus ideologisch-bornierter Sicht mitschuldig zu werden.

Berlin, den 12. November 2011

## PINNWAND

### Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

|                        |                       |
|------------------------|-----------------------|
| Di., 13.12.: 18.30 Uhr | Ortsvorstandssitzung  |
| Mi., 14.12.: 18.30 Uhr | AG »Soziales«         |
| Di., 17.01.: 18.30 Uhr | Sitzung Stadtfraktion |
| Di., 24.01.: 18.30 Uhr | Sitzung Stadtfraktion |
| Di., 31.01.: 18.30 Uhr | Ortsvorstandssitzung  |
| Mo., 06.02.: 18.30 Uhr | AG Malxeblatt         |
| Di., 07.02.: 18.30 Uhr | Sitzung Stadtfraktion |

### In den Giftschränk

Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat das sogenannte Gorleben-Gesetz, das den Standort eines atomaren Endlagers regeln soll, erst mal auf die lange Bank geschoben. Der Gesetzentwurf soll nunmehr in der Schreibtischschublade des Ministers zwischenlagern, bis ein passendes Archiv als Endlager gefunden wird. MK

### Morgen, Kinder, wird's was geben

Morgen, Kinder, wird's was geben, morgen werden wir uns freuen!  
Welch ein Jubel, Welch ein Leben wird in unsrer Kasse sein!  
Einmal werden wir noch wach, heiß dann ist Auszahlung

Wie wird dann die Börse glänzen von der großen Talerzahl, können wir die Arbeit schwänzen, wer das Geld hat, hat die Wahl. Wisst Ihr noch vom vor'gen Jahr, wie's am Auszahlungabend war?

Welch' ein schöner Tag ist morgen!  
Dividende wollen wir; uns're lieben Aktien sorgen lange, lange schon dafür.  
O gewiss, wer sie nicht ehrt, ist den Eigennutz nicht wert! MK

### Interessant

In Griechenland ist jetzt viel die Rede von einer »Regierung der Fachleute«. Das wäre auch für Deutschland ein interessanter Gedanke. Ove Lieh

### Geburtstag

06.01.: 79 Jahre Herbert Gottschalk  
12.01.: 87 Jahre Alfons Zwick  
24.01.: 85 Jahre Helga Rubin  
10.02.: 78 Jahre Ingeborg Jarmusch

*Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!*

### So, wie wir heute ...

Die Regierung will baldigst die knechtenden Steuern senken. – Die mutigste Reform seit der Abschaffung der mittelalterlichen Stolzsteuer! Die Kanzlerin will sie vor allem als Dank-sagung verstanden wissen – Dank dafür, dass die Werktätigen das halbe Dutzend Kapitalismuskrisen klaglos durchgestanden haben. Für die ist der Kanzlerinnen-Dank jedoch Verpflichtung.

Denn wie heißt es in jedem System? »So, wie wir heute stille halten, werden wir morgen leben.« MW

**Impressum:** Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE  
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst  
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07  
oder im Internet: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)  
E-Mail: [forst@dielinke-lausitz.de](mailto:forst@dielinke-lausitz.de)  
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: [malxeblatt@gmx.de](mailto:malxeblatt@gmx.de)

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:  
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.